

# BAYERN **vorwärts**

**BayernVorwärts Online - der Newsletter der BayernSPD**

*Ausgabe 04/2009 – 27.02.2009*

## **Aus dem Inhalt:**

- **Versammlungsrecht: Kräftige Watschn für die Staatsregierung**
- **Keine Angst um die bayerische Brezel!**
- **ArbeitnehmerInnen-Lexikon online**
- **Danke, Phillip Mißfelder**
- **Entlassung wegen 1,30 Euro: Schreiende Ungerechtigkeit**
- **Rückblick Politischer Aschermittwoch**
- **Internationaler Frauentag am 8. März: Frauen an die Macht! Macht Platz!**

## **Versammlungsrecht: Kräftige Watschn für die Staatsregierung**

Die heutige Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Bayerischen Versammlungsgesetz begrüßt die stv. Landesvorsitzende und Beschwerdeführerin der BayernSPD, **Adelheid Rupp**, MdL, als eine deutliche Absage der Karlsruher Richter an den Kontrollwahn der CSU ohne konkreten Anlass. Die CSU-geführte Staatsregierung hatte durch bürokratische Schikanen das Demonstrieren schwer gemacht und eine lückenlose Kameraüberwachung ohne Berücksichtigung der Größe der Versammlung oder des von ihr ausgehenden Gefahrenpotenzials eingeführt.

Adelheid Rupp: „Innenminister Herrmann hat sich eine blutige Nase in Karlsruhe geholt. Jetzt muss er schleunigst ein verfassungskonformes Gesetz vorlegen. Um bis dahin die Einschränkung der Versammlungsfreiheit durch eine unklare Rechtslage zu verhindern, sollte der Bayerische Landtag das Gesetz umgehend zurücknehmen.“

Hoherfreut ist der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Landtags, **Franz Schindler**, SPD, über den heutigen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Bayerischen Versammlungsgesetz. Allein die Tatsache, dass das höchste deutsche Gericht dem Antrag der Beschwerdeführer, darunter auch die Bayerische SPD, eine einstweilige Anordnung zu erlassen, teilweise entsprochen hat, zeige, dass das Bundesverfassungsgericht die Beschwerde sehr ernst nehme. Es bestehe, so Schindler, Anlass zu der Hoffnung, dass das Gericht das gegen den erbitterten Widerstand der Landtagsopposition beschlossene Bayerische Versammlungsgesetz auch in der Hauptsache für verfassungswidrig erklären werde.

Pressemitteilung der BayernSPD: <http://bayernspd.de/news/bundesverfassungsgericht-beendet-kontrollwahn-der/>

Pressemitteilung der Landtagsfraktion: <http://bayernspd-landtag.de/aktuell/details.cfm?ID=11384&nav=aktuell>

Kommentar in der Süddeutschen Zeitung von Heribert Prantl: Nachhilfestunde in Demokratie: <http://www.sueddeutsche.de/,ra13m1/bayern/247/459885/text/>

## Keine Angst um die bayerische Brezel!

Auf europäischer Ebene Salzgehalt in Brot und Brezel zu beurteilen ist falsch, erklärt der Spitzenkandidat der BayernSPD für die Europawahl, **Wolfgang Kreissl-Dörfler**, MdEP, gemeinsam mit dem stellvertretenden SPD-Landesgruppen-Chef, **Klaus Barthel**, MdB: „Hier geht es mehr um Gesundheitsvorsorge und Pädagogik, und dafür ist die EU nicht zuständig. Außerdem sind diese Nährwertprofile wissenschaftlich fragwürdig.“

Billigen Populismus gegen das Projekt Europa müsse man deshalb nicht betreiben, sagen Kreissl-Dörfler und Barthel Richtung CSU, und beruhigen die Bäcker: „Schlagzeilen, wonach die EU den Bäckern vorschreiben will, wieviel Salz sie benutzen dürfen, sind Panikmache. Selbst wenn die Vorschläge der Kommission umgesetzt werden, wird es nie verboten werden, dem Brot Salz zuzufügen. Jeder Bäcker kann natürlich so viel Salz einsetzen, wie er will. Produkte, die nicht verpackt sind, betrifft das Ganze eh nicht.“

Die Angst um die bayerische Brezel ist also völlig unbegründet. Die Angst der CSU um den Einzug ins Europaparlament am 7. Juni und damit auch um ein gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl dagegen nicht. Mit ihrem anti-europäischen Geschrei wird die CSU das nicht abwenden können.

Pressemitteilung der BayernSPD: <http://bayernspd.de/news/keine-angst-um-die-bayerische-brezel/>

## ArbeitnehmerInnen-Lexikon online

In diesem Arbeitnehmerlexikon hat die Landesgruppe Bayern der SPD-Bundestagsfraktion in alphabetischer Reihenfolge 20 Themen aufgegriffen - von Ausbildung über Kündigungsschutz und Mindestlohn bis zu Weiterbildung -, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig sind. Bei jedem dieser Themen zeigt die Landesgruppe den aktuellen Stand (vom Januar 2009), die unterschiedlichen politischen Positionen und die weitere Entwicklung auf. Nutzt das neue Online-Angebot: 20 Stichworte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mit einem Vorwort von **Florian Pronold**.

Reinklicken lohnt sich: <http://spd-landesgruppe-bayern.de/arbeitnehmerlexikon/>

## Danke, Phillip Mißfelder

Philipp Mißfelder ist eine sehr unappetitliche Figur, was er mit seinen neuesten Ausflüssen wieder bewiesen hat. Eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze sei eine Ankurbelung der Tabak- und der Alkoholindustrie, rotzte Mißfelder, der immerhin Bundesvorsitzender der Jungen Union ist und damit Mitglied im Bundespräsidium der CDU.

Für diese Offenbarung gebührt ihm Dank. Mißfelder hat unmissverständlich klargemacht, was die Union von den Schwachen im Land hält: Millionen Kinder leben in Deutschland in armen Verhältnissen und deren Eltern verurteilt dieser „Knilch“ (Zitat Martin Schulz), der in seinem Leben noch nicht eine Minute gearbeitet hat, pauschal als kettenrauchende Säufer.

Merkel und Konsorten billigen das. Niemand in der CDU-Führung hat ihn bislang zurückgepiffen und zu einer Entschuldigung für diese fleghafte Entgleisung aufgerufen. Dank an Philipp Mißfelder für diesen Einblick in das Gedankengut seiner Partei – soviel Klarheit gibt es selten in Merkels Mischobstladen.

Martin Schulz forderte in Vilshofen die Bundeskanzlerin auf, den „Flegel“ Mißfelder endlich aus der Partei zu werfen. Ganz übereinstimmen können wir da nicht: In Niederbayern hätte es „Lackl“ heißen müssen.

## Entlassung wegen 1,30 Euro: Schreiende Ungerechtigkeit

Man kann es kaum fassen: Während eine Niedriglöhnerin der Lebensmittelkette Kaiser's ihrer beruflichen Existenz beraubt wird, weil sie angeblich einen Pfandbonus von 1,30 Euro (in Worten: ein Euro und 30 Cent) unterschlagen haben soll, kommen andere, die in krimineller Weise Milliarden veruntreut haben, völlig ungeschoren davon.

Liebes Landesarbeitsgericht Berlin, Bundestagsvizepräsident **Wolfgang Thierse** hat recht: das ist barbarisch, das ist asozial! Eine derartige Ungleichbehandlung zerstört das Vertrauen in den Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland.

Wer übernimmt denn die Verantwortung für die Milliardenverluste der Banken, die nun sozialisiert werden? Erfüllt das denn nicht den Tatbestand der Untreue?

Eine Mitarbeiterin, die, so ist zu vermuten, wegen gewerkschaftlichem Engagement sich den Unmut der Firmenleitung zuzog, verliert wegen 1,30 Euro ihre Existenz, andere bekommen für die angezettelte Wirtschafts- und damit folgende Staatspleite noch Millionen an Boni hinterhergeworfen. Kaum einer der ehrenwerten Managerriege wurde fristlos entlassen, im Gegenteil, wenn sie überhaupt ihre Posten abgegeben haben, wurden ihnen noch Millionen an Abfindungen gezahlt.

Lesenswert:

# frontal21 - Gierige Pleitegeier: <http://frontal21.zdf.de/ZDFde/inhalt/11/0,1872,7527435,00.html>

# Zurück zur alten Bank - von Thomas Fricke in Financial Times Deutschland:

<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:Gefahr-der-Krisenwiederholung-Zur%FCck-zur-guten-alten-Bank/478560.html?mode=print>

# Das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtsprechung - von Peter Lingen:

<http://pressemitteilung.ws/node/149011>

## Rückblick Politischer Aschermittwoch

Guido Westerwelle passt gut zum Fasching, schön bunt und aufgeblasen kommt er daher. Man könnte ihn prima zum Faschingsprinzen machen – gerne an der Seite von Horst Seehofer, der sich ja für alles hergibt, wenn es gerade opportun erscheint – aber bitte nicht zum Vizekanzler.

In seiner Rede beim Politischen Aschermittwoch hat „Wildwesterwelle“ (Zitat **\*\*Florian Pronold\*\***) der Großen Koalition vorgeworfen, sie errichte gerade eine „DDR light“. Heribert Prantl schreibt dazu in der SZ: „Das Phänomen, dass der Kapitalismus verliert, die FDP aber gewinnt, ist keine Rechtfertigung für rhetorische Verantwortungslosigkeit.“

„In Regierungsverantwortung hat die FDP nichts verloren“, erklärt **Wolfgang Kreissl-Dörfler**, der Spitzenkandidat der BayernSPD für die Europawahl am 7. Juni.\* „Als Clown ist Westerwelle vielleicht noch witzig, in jeder anderen Funktion hört bei ihm der Spaß auf.“

Einhellig forderten Kreissl-Dörfler und **Martin Schulz** in Vilshofen eine nachhaltige Zügelung und Zivilisierung der Finanzwirtschaft. „Wir müssen regulieren, statt spekulieren“, verlangt Kreissl-Dörfler, der das schon 1995 gemeinsam mit dem heutigen Präsidenten Brasiliens, Lula, bei einem von ihm organisierten Kongress zu internationalen Sozial- und Umweltstandards thematisierte.

Europawahl am 7. Juni - das ist mitten in den Pfingstferien. Deshalb: Briefwahl ist angesagt! Weitersagen!

Hier der Link zum Prantl-Artikel: <http://www.sueddeutsche.de/politik/12/459651/text/>

## **Internationaler Frauentag am 8. März: Frauen an die Macht! Macht Platz!**

Vor 130 Jahren hat August Bebel in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ bereits für die Gleichstellung von Frauen und Männern gekämpft. Was hat sich seither getan?

In der Gesellschaft hat sich mittlerweile einiges verändert. Die Frauen erlangten 1918 das passive und aktive Wahlrecht. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist gesetzlich verankert. So ist bereits seit der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Art. 3 Abs. 2 GG verankert. In der bayerischen Verfassung regelt Art. 118 Abs. 2 BV die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. 1994 bzw. in Bayern 1998 wurde dann im Grundgesetz/der bayerischen Verfassung der Passus angefügt, dass der Staat auch die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung, das heißt die tatsächliche Gleichstellung zu fördern hat. Doch von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt, wie auch der gerade erschienene Sozialbericht der Bayerischen Staatsregierung zeigt. Fast 26% der weiblichen Angestellten erhalten ein Bruttomonatseinkommen, das unterhalb der Niedriglohnschwelle von in Bayern 1677 Euro liegt. Im Gegensatz dazu sind hiervon nur 9% der Männer betroffen. Noch deutlicher ist es bei den Arbeiterinnen, deren Anteil unter der Niedriglohnschwelle bei 41% liegt, bei den Männern bei 10%. Der Anteil der Frauen deren Einkommen unter der Niedriglohnschwelle liegt ist damit mehr als viermal so hoch wie der Anteil der Männer.

Armut trotz Arbeit ist in Bayern zu einer Realität geworden und betrifft insbesondere Frauen. Die Unterschiede im Verdienst von Frauen und Männern zeigen sich auch beim neu eingeführten Elterngeld. Während Mütter fast nie den Höchstbetrag von 1800 Euro erhalten, beziehen 11% der Väter diesen Höchstsatz. Ein weiteres Problem ist die hohe Teilzeitquote von Müttern. Neben dem Wunsch nach eigener Kindererziehung, der auch aufgrund generell mangelndem und auch qualitativen mangelndem Kinderbetreuungsangebot besteht, ist auch die sehr hohe Erwerbsintensität der Väter und das oft höhere Einkommen der Männer ein Grund für die Teilzeitarbeit der Frauen.

Die Wichtigkeit der langjährigen Forderung der AsF Bayern nach einer generellen Arbeitszeitverkürzung wird in diesem Zusammenhang wieder sehr deutlich.

Doch auch wenn es in der Gesellschaft noch viele Punkte zu bearbeiten gibt, so dürfen wir nicht den Blick in unsere eigene Partei vergessen. Historisch gesehen sind wir die einzige Partei, die sich schon immer für die Frauen stark gemacht hat. Doch man muss auch die Gegenwart wahrnehmen. Unter den 162 berufsmäßigen ersten SPD-Bürgermeistern sind gerade mal 8 Frauen. Unter den 9 SPD Landräten befindet sich genau eine Frau. Auch die entscheidenden Positionen in der Partei sind noch immer von Männern dominiert. Eine der wichtigsten Errungenschaften der SPD war die Einführung der Quote vor 21 Jahren. Doch leider wird diese immer öfter mit dem Argument umgangen, es gebe ja keine Frauen, die das machen. Dieses Argument kann bei einer weiblichen Mitgliederzahl von knapp 22000 nicht greifen.

Natürlich bedeutet es nicht, dass eine Frau automatisch besser die Interessen von Frauen vertritt. Aufgrund der verschiedensten Lebensentwürfe gibt es natürlich auch unterschiedlichste Interessen. Frauen haben jedoch oft einen anderen Blickwinkel auf die Dinge. Die damit verbundene Erweiterung der Wahrnehmung ist für Problemlösungen unverzichtbar. Um erfolgreiche Politik zu machen brauchen wir daher beide Geschlechter in Führungspositionen. Daher liebe Männer: „Wir wollen Euch nicht allen den Stuhl unter dem Hintern wegziehen, wir wollen sie gerecht teilen.“

### **Veranstaltungen rund um den 8. März:**

#### ***Mehr als "Gedöns" - Frauenpolitik der SPD***

im Gespräch: Renate Schmidt (MdB und Bundesministerin a.D.), Isabella Fiorentino (Studentin, Jusos München), Moderation: Claudia Tausend (Stadträtin, Bundestagskandidatin)  
3.3., 18:30 Uhr, DGB-Haus, Robert-Koch-Saal Schwanthalerstr. 64, München

#### ***Frauenempfang "Freiwillig ist nicht genug"***

mit Renate Schmidt (MdB), Martina Stamm-Fibich (Bundestagskandidatin) und Gisela Niclas (Mitglied im Bezirkstag)

8.3., 11 Uhr, Großer Saal der VHS Erlangen

***Frauenempfang der AsF-Unterfranken***

mit Georg Rosenthal (Oberbürgermeister), Kerstin Westphal (Europakandidatin), Susanne Kastner (MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages) und Marion Reuther (Bundestagskandidatin)

8.3., 10.30 Uhr, Georg-Bayer-Saal, Greisinghäuser in Würzburg

***DGB-Frauen und AsF gemeinsam.***

Referentin: Bezirksrätin und Bürgermeisterin von Teisnach Rita Röhl.

8.3., 14.00 Uhr, Glasmuseum Frauenau (Landkreis Regen)

***Kabarettabend des AsF Straubing***

mit der Kabarettgruppe peperoni

8.3., 19:30 Uhr, Saal der Bahnhofsgaststätte in Straubing

***Frauen mit Versionen kommen weiter\****

Frauenfrühstück der SPD-Landtagsfraktion im Bayerischen Landtag

10.3. um 8 Uhr (Anmeldung erforderlich)

***Als Mädchen in den 68er (AsF Augsburg)***

mit Gunthild Schroeter

14.3., ab 15 Uhr, Schroeder´s, Hundoldsgraben in Augsburg

**Weitere Veranstaltungen und Infos unter [www.bayernspd.de](http://www.bayernspd.de)**

Impressum:

BayernVorwärts online – Newsletter des BayernSPD-Landesverbandes.

Redaktion: Rainer Glaab, Stefan Hanitzsch, Rüdiger Löster

Verantwortlich: Rainer Glaab, BayernSPD.

Georg-von-Vollmar-Haus, Oberanger 38, 80331 München

T. 089 – 23 17 11 28; E-Mail: [rainer.glaab@spd.de](mailto:rainer.glaab@spd.de), [info.bayernvorwaerts@spd.de](mailto:info.bayernvorwaerts@spd.de)

Anmeldung für den Newsletter: <http://newsletter.bayernspd.de>